

PLENUM 2019



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Das Gesetz für mehr Ordnung und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt

MARTIN BURKERT:

Ein Blick hinter die Kulissen des Deutschen Bundestags

MARTINA STAMM-FIBICH:

Mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung

CARSTEN TRÄGER:

Der Schutz von Gewässern und Trinkwasser geht vor

GABRIELA HEINRICH:

BAföG-Reform: Mehr Ansprüche, mehr Zuschüsse

Ehrliche Arbeit fördern

Das Gesetz für mehr Ordnung und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt soll Beschäftigte vor Ausbeutung wirksam schützen und faire Unternehmer belohnen.

Ehrliche Arbeit verdient Respekt und Anerkennung, gute Arbeitsbedingungen und Bezahlung. Dafür steht die SPD. Finanzminister Olaf Scholz hat einen Gesetzentwurf für mehr Ordnung und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt vorgelegt. Den Entwurf haben wir in erster Lesung beraten.

Sozialleistungsbetrug und –missbrauch schwächen nicht nur unsere solidarischen Sozialsysteme, sondern führen auch zu einem Unterbietungswettbewerb mit schlimmen Folgen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die SPD will ehrliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser vor Ausbeutung, Bezahlung unter Mindestlohn und dem Nichtabführen von Sozialversicherungsbeiträgen schützen. Das gilt auch für ehrliche Unternehmen, die wir besser vor ungerechtem Wettbewerb schützen wollen.

Schwarzarbeit, Sozialleistungsbetrug und illegale Beschäftigung schaden uns allen

Der Zoll hat in den Jahren 2017 und 2018 Schäden in Höhe von 1,8 Milliarden Euro aufgedeckt, die durch Schwarzarbeit, Sozialleistungsbetrug und illegale Beschäftigung entstanden sind. Die Probleme sind vielfältig: Menschen aus dem EU-Ausland werden nach Deutschland gelockt und Opfer von Zwangsarbeit und Ausbeutung. Oft werden sie menschenunwürdig und zu überzogenen Preisen untergebracht. Auch „Tagelöhner-Börsen“ und „Arbeiterstriche“ sind traurige Realität.



Beschäftigte schützen. Sozialdumping bekämpfen.

Wir stärken den Zoll. Für mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt.

Wir stärken den Zoll im Kampf für gute Arbeitsbedingungen

Im Kampf für gute Arbeitsbedingungen, sind der Zoll und die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) unersetzlich. Regeln auf ihre Einhaltung kontrolliert werden. Den allgemeinen Mindestlohn hat die SPD in der vergangenen Wahlperiode erkämpft. Die FKS kontrolliert, ob er eingehalten wird. Im Jahr 2017 hat die FKS 5050 Verfahren eingeleitet, weil der Mindestlohn nicht gezahlt oder die Arbeitszeit nicht richtig dokumentiert wurde.

Das zeigt, wie wichtig ein starker Staat für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist. Deshalb setzt sich die SPD erfolgreich für die Stärkung der Zollbehörden ein. Die Finanzplanung der Bundesregierung sieht vor, dass es bis zum Jahr 2026 2100 zusätzliche Stellen beim Zoll geben soll. Aktuell

sind es 7900 Beamtinnen und Beamten. Mit dem Gesetz für mehr Ordnung und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt werden wir zusätzlich 3500 weitere Stellen schaffen.

Mehr Kompetenzen für die FKS und striktere Regeln für bessere Arbeitsbedingungen

Die FKS darf in Zukunft schon bei Verdacht auf Ausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandel ermitteln und die Arbeit der Polizei ergänzen. Im Sicherheitsgewerbe werden wir eine Sofortmeldepflicht bei der Rentenversicherung einführen und eine genaue Dokumentation der Arbeitszeiten vorschreiben. Außerdem sorgen wir dafür, dass die tariflich vereinbarten Unterkunftsbedingungen zu den Mindestarbeitsstandards zählen, die der Zoll kontrollieren kann. So schieben wir menschenunwürdiger Unterbringung einen wirksamen Riegel vor.



Martin Burkert | Wahlkreis Nürnberg Süd und Schwabach

 martin.burkert@bundestag.de

 030 - 227 733 63

 www.martin-burkert.de

 facebook.com/burkertmartin

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Ein Blick hinter die Kulissen des Deutschen Bundestages

Ewelina Login zu Gast beim Girls' Day der SPD-Bundestagsfraktion:
Treffen mit Andrea Nahles und ein Politik-Parcours zum Thema Wahlen.

Ende März war die 17-jährige Ewelina Login von der Nürnberger Bertolt-Brecht-Schule zum Girls' Day 2019 in Berlin. Noch immer sind Frauen in vielen Berufen unterrepräsentiert. Auch in der Politik brauchen wir mehr Frauen. Der Girls' Day bot Gelegenheit, Schülerinnen für die Politik und den Beruf der Politikerin zu begeistern. Und so verlief der Girls' Day aus Ewelinas Sicht:

„Der Girls' Day ermöglichte mir einen Einblick hinter die Kulissen des Bundestages und der SPD-Bundesfraktion. Mit den anderen Mädchen, die aus ganz Deutschland kamen, hatte ich zwei aufregende Tage. Zum einen konnte ich neue Freundschaften schließen und Zeit mit den Mädchen verbringen, zum anderen gab es ein vielfältiges Programm.

Am Tag der Ankunft lernte ich meine Zimmergenossin kennen sowie alle anderen. Zuerst gingen wir in den Reichstag und konnten diesen bei einer Führung erforschen. Den Abend haben wir mit einem Essen in einem Restaurant ausklingen lassen. Der zweite Tag war noch aufregender, da wir die Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles bei einem Frühstück kennengelernt haben und Fragen stellen durften. Fotos wurden natürlich auch geschossen. Dann ging es auch gleich weiter mit dem „Politik Parcours“. Wir durchdachten und disku-



Teilnehmerin am Girls' Day: Ewelina Login aus Nürnberg bekam einen Einblick in die Arbeit der Bundestagsabgeordneten in Berlin und konnte selbst Ideen einbringen.

tierten den Gesetzentwurf „Wählen ab 16“ und schlüpften in die Rolle der Abgeordneten. Nach einem Mittagessen mit den Abgeordneten gab es einen Vortrag auf der Besuchertribüne des Plenarsaals, der uns mit Informationen zum Bundestag bereicherte. Gegen Nachmittag fand der Girls' Day dann ein Ende und jeder reiste zurück nach Hause.

Der Girls' Day war eine super Chance für mich, das politische Vorgehen zu beobachten und mein Wissen über Politik und auch über die Partei aufzufrischen sowie Zusätzliches zu lernen.

Mir persönlich hat es eine komplett neue Sichtweise gegeben und auch viel mehr Interesse geweckt als zuvor. Außerdem war es interessant, den Arbeitsplatz und die Arbeitsweise unserer Politiker zu sehen. Politik ist ein wichtiger Faktor in jedem Land, in jeder Stadt und für jeden Menschen.

Deswegen sollten vor allem Jugendliche Chancen wie den Girls Day nutzen, um zu wissen, wie der politische Alltag abläuft und sich selber daran beteiligen. Ich kann allen den Girls' Day empfehlen und ans Herz legen, diese Chance zu nutzen.“



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung

Mehr Kontrolle soll für mehr Qualität sorgen. Gesetzentwurf ist im Parlament. Kompetenzen der Behörden werden gestärkt.

Im Jahr 2016 deckten mutige Mitarbeiter den Bottroper Apotheken-Skandal um gestreckte Krebsmedikamente auf. Unmittelbar danach wurden krebserregende Verunreinigungen im Blutdrucksenker Valsartan nachgewiesen und Ende 2018 wurde bekannt, dass der Pharma-Großhändler Lunapharm gestohlene Arzneimittel aus Griechenland nach Deutschland importiert hat. Aktuell findet der Prozess gegen einen Heilpraktiker statt, der Krebspatientinnen und -patienten ein überdosiertes Mittel verabreichte. Drei Menschen starben.

Es ist offensichtlich, dass wir ein Gesetz für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung (GSAV) brauchen. Wir müssen alles dafür tun, die Arzneimittelversorgung sicherer zu machen. Der Gesetzentwurf ist nun im Parlament. An manchen Stellen werden wir

aber noch nachschärfen müssen. Die vorgesehenen Kontrollinstrumente reichen aus meiner Sicht nicht aus. Unangekündigte Kontrollen in Apotheken sollten stichprobenartig und verpflichtend sein. Die geplante Neuregelung zur Importförderung sehe ich kritisch, denn lange Lieferketten aus dem Ausland sind ein Sicherheitsrisiko.

Ich begrüße die Stärkung der Koordinierungsrolle der Bundesbehörden, des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) und des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI). Auch die erweiterten Rückrufkompetenzen des BfArM und des PEI halte ich für richtig. Neu ist auch, dass die zuständigen Landesbehörden den Wareneingang und Warenausgang von Apotheken auf Plausibilität überprüfen können. So lassen sich Anhaltspunkte für Unterdosierung von Medikamenten feststellen.



MdB Martina Stamm-Fibich hat klare Vorstellungen für die Umsetzung des GSAV.

Mit dem GSAV versetzen wir die Behörden in die Lage, verstärkt auch in Drittstaaten zu inspizieren. Denn viele Wirkstoffe werden im Ausland hergestellt. Und leider sind Importe einer der größten Schwachpunkte bei der Arzneimittelsicherheit.

Implantatregister wird eingeführt

Anfang des Jahres 2012 berichteten verschiedene Medien von kriminellen Machenschaften eines französischen Herstellers von Brustimplantaten aus Industriesilikon. Die SPD fordert seit dem Jahr 2013 die Einführung eines Registers für medizinische Implantate. Sechs Jahre später ist es nun endlich soweit: Die Bundesregierung

hat den Entwurf des Implantateregister-Errichtungsgesetzes (EIRD) beschlossen.

Mit dem verbindlichen Register werden wir die Sicherheit und Qualität von Implantaten und der medizinischen Versorgung bei Implantationen für Patientinnen und Patienten verbes-

sern, indem wir eine zentrale Langzeitbeobachtung ermöglichen. Die im Implantateregister erfassten Implantattypen werden per Verordnung definiert. Das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) wird als Registerstelle die Sammlung der Daten übernehmen.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb



Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Schutz von Gewässern und Trinkwasser geht vor

Wegen der Untätigkeit der verantwortlichen Agrarpolitiker von CDU/CSU beim Düngerecht drohen Deutschland eine Blamage und Strafzahlungen. Umwelt- und Klimaschutz müssen endlich in der Agrarpolitik ernst genommen werden.

Derzeit laufen Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der EU-Kommission für ein wirksameres Düngerecht, da Deutschland seit 2007 gegen die EU-Nitratrichtlinie verstößt. Demnach darf das Grundwasser nicht mit mehr als 50 mg/l Nitrat belastet sein. Doch rund ein Viertel des Grundwassers in Deutschland ist belastet. Bei uns in Franken betrifft dies vor allem das Gebiet zwischen Nürnberg, Würzburg, Schweinfurt und Rothenburg ob der Tauber.

Strafzahlungen, Kostensteigerungen und Umweltbelastung

So hat auch der Europäische Gerichtshof festgestellt, dass Deutschland nicht engagiert genug vorgeht, um die Nitratwerte zu reduzieren. Wenn weiterhin zu wenig passiert, drohen Strafzahlungen von ca. 860.000 Euro pro Tag. Diese müssten letztendlich wir Steuerzahler aufbringen. Außerdem steigen bereits die Kosten für die Trinkwasseraufbereitung: Die Jahresendrechnung für einen 3-Personenhaushalt in besonders mit Nitrat belasteten Gebieten könnte um über 60 Prozent bzw. knapp 140 Euro im Jahr steigen – ganz abgesehen von der starken Umweltbelastung, die die hohen Nitratwerte bedeuten. All das können wir als SPD nicht länger akzeptieren.



Die verantwortlichen Agrarpolitikerinnen und Agrarpolitiker von CDU und CSU haben seit Jahrzehnten zu wenig getan, um die Nitratbelastung zu reduzieren. Dies geben einige von ihnen mittlerweile sogar öffentlich zu. Diese Unternehmer sind gleichzeitig häufig in den Verbandsspitzen des Deutschen Bauernverbandes, der jahrzehntelang gegen strengere Düngenvorschriften lobbyiert hat. Nun müssen rechtschaffende Landwirte den hemmungslosen Raubbau einiger Weniger an der Natur ausbaden.

Es fehlt nicht an Geld, sondern am politischen Willen

Neben einem wirksameren Düngerecht brauchen wir hingegen mehr

Forschung, kreative Lösungsansätze und staatliche Unterstützung nur noch für die Landwirte, die mehr für Klima-, Gewässer- und Tierschutz leisten. So machen die Agrarsubventionen nach wie vor knapp 40 Prozent des EU-Haushalts aus. Allein für Deutschland sind dies über sechs Milliarden Euro pro Jahr.

Es fehlt also nicht an Geld, sondern an einer ambitionierten Agrarpolitik. Das wollen wir als SPD ändern.

Nicht zuletzt das Volksbegehren Artenvielfalt und die Proteste auf der Straße sind ein Auftrag an die CDU/CSU, Umwelt- und Klimaschutz auch in der Landwirtschaft endlich ernst zu nehmen.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

BAföG-Reform: Mehr Ansprüche, mehr Zuschüsse

Gute Nachrichten für Studierende, Schülerinnen und Schüler. Ab dem Wintersemester steigt die Förderung. SPD löst Koalitionsversprechen ein.

Ein Studium darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern. Deshalb erhöhen wir ab dem Wintersemester 2019 das BAföG. Das hatte die SPD im Koalitionsvertrag durchgesetzt und für die Studentinnen und Studenten insgesamt 1,23 Milliarden Euro zusätzlich für diese Wahlperiode herausgeholt.

Was ändert sich?

- Die Bedarfssätze werden bis 2020 um sieben Prozent erhöht.
 - Der Förderungshöchstsatz steigt von 735 auf 861 Euro monatlich.
 - Einkommensfreibeträge für die Eltern werden bis 2021 um insgesamt sechzehn Prozent angehoben.
 - Der Freibetrag für eigenes Vermögen von Auszubildenden wird von derzeit 7500 Euro auf künftig 8200 Euro angehoben (ab 2020).
 - Die Mieten in Uni-Städten steigen enorm. Der Wohnzuschlag für Geförderte, die nicht bei den Eltern wohnen, wird in einem ersten Schritt 2019 um 30 Prozent angehoben - von derzeit 250 auf 325 Euro.
 - Der BAföG-Zuschlag zur Krankenversicherung berücksichtigt künftig auch den durchschnittlichen kassen-individuellen Zusatzbeitrag. Dieser steigt von 71 auf 84 Euro. Der Pflegeversicherungszuschlag von 15 auf 25 Euro.
- Wichtig ist auch, dass Angst vor Verschuldung bei einem Studium keine



Rolle spielen darf. Künftig sollen Restschulden grundsätzlich erlassen werden, wenn 77 Monate lang die Raten bezahlt wurden.

Das alles bedeutet mehr Chancengleichheit. In den letzten Jahren war die Zahl BAföG-Empfänger_innen gesunken. Das lag auch an der guten Wirtschaftslage. Wenn mehr Eltern Arbeit haben oder gut verdienen, verlieren viele Kinder den BAföG-Anspruch.

Ärgerlich war natürlich, wenn man dann knapp über einer Einkommensgrenze lag. Deswegen ist es wichtig, dass wir jetzt die Einkommensfreibeträge der Eltern kräftig erhöhen.

Die SPD will bis 2021 eine Trendwende hinbekommen. Deswegen drücken wir auf die Tube. Die BAföG-Reformen wurden am 30. Januar im Kabinett beschlossen, waren Ende März das erste Mal im Bundestag und sollen zum 1. August 2019 in Kraft treten. Aber wir dürfen uns dann nicht ausruhen: Das BAföG-Antragsverfahren muss sich unbedingt noch vereinfachen.

Und verbessern muss sich auf jeden Fall die Vereinbarkeit von Studium und Familie sowie von Studium und Pflege. Nicht zuletzt brauchen wir eine regelmäßige Anpassung des BAföG an steigende Kosten. Es gibt also immer wieder was zu tun!